

„Zu viele Jugendliche landen in der Warteschleife“

Eine neue Initiative von Wissenschaftlern und Praktikern fordert, die berufliche Bildung in Berlin zu reformieren. Wo die Probleme liegen und was zu tun ist – das ist ihr Vorhaben

„Berliner Agenda Berufliche Bildung 2026“ nennt sich eine Initiative von Praktiker:innen und Wissenschaftler:innen, die sich unter dem Dach der „Berliner Wirtschaftsgespräche e.V.“ zusammengetan haben. Sie fordern, die Herausforderungen beruflicher Bildung in der Landespolitik ganzheitlich anzugehen.

Herr Professor Reissert, Herr Vogelsang, es gibt in Berlin viele Debatten, die sich mit der Verbesserung beruflicher Bildung beschäftigen. Warum noch eine Initiative?

BERND REISSERT: Was uns stört, ist die Zersplitterung der bisherigen Diskussionen. Mal geht es um mehr Attraktivität der dualen Berufsausbildung, mal um mehr Digitalisierung in den Berufsschulen. Was uns fehlt, ist der Blick auf das Gesamtsystem beruflicher Bildung, zu dem duale und vollzeitschulische Berufsausbildung ebenso gehören wie Hochschulbildung und berufliche Weiterbildung. Diese Teilsysteme sind voneinander abhängig und verhalten sich zueinander wie kommunizierende Röhren.

SIEGFRIED VOGELSANG: Wir sehen, dass die größten Probleme für Berliner Jugendliche an den Übergängen entstehen: Statt in einer Ausbildung landen zehn Prozent aller Berliner Schulabgänger:innen in einer Warteschleife des sogenannten Übergangssektors. Zudem sind 14 Prozent der 25- bis 34-Jährigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, und die Jugendarbeitslosigkeit in Berlin ist doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Vielen Jugendlichen gelingt kein Zugang zu beruflichen Qualifikationen. Die Stadt lässt damit einen erheblichen Teil ihrer Potentiale ungenutzt – und das, obwohl der Berliner Arbeitsmarkt unter einem eklatanten Fachkräftemangel leidet. Die Probleme beruflicher Bildung gefährden damit sowohl die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit der Stadt als auch ihren sozialen Zusammenhalt.

In diesem Zusammenhang wird oft beklagt, dass immer mehr Jugendliche ein Hochschulstudium beginnen und dafür immer weniger eine duale Berufsausbildung. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

REISSERT: In der Tat haben sich in ganz Deutschland und auch in Berlin, hier schon seit 2008, die Gewichte zwischen dualer Berufsausbildung und Hochschulbildung zugunsten der Hochschulbildung verschoben. Diese Verschiebung entspricht weitgehend den Anforderungen des Arbeitsmarktes. Man kann die Entwicklung nicht wieder zurückdrehen und sollte es auch nicht versuchen.

Aber wie soll man damit umgehen?

Damit uns genügend Fachkräfte in allen Berufen bleiben, muss Bildungspolitik dafür sorgen, dass die Berufsausbildung nicht weiter an Bedeutung verliert. Gleichzeitig sollte Hochschulbildung sich noch mehr als Berufsqualifizierung verstehen und entsprechend ausrichten. Zudem muss die soziale Asymmetrie zwischen akademischer und nichtakademischer Bildung dringend verringert werden: Derzeit studieren 79 Prozent der Kinder aus Akademikerhaushalten, aber nur 27 Prozent der Kinder aus Nichtakademikerfamilien.

Wie kann das gehen?

VOGELSANG: Wichtigster Ansatzpunkt ist aus unserer Sicht die Stärkung und Verbesserung der Berufsorientierung in den Schulen, vor allem in den Gymnasien. Obwohl sich ihre Rolle drastisch gewandelt hat, werden Gymnasien von allen Seiten immer noch vor allem als Vorbereitungsinstanz eines Hochschulstudiums gesehen. Schulische Curricula müssen jedoch auch an den Gymnasien viel stärker auf die Arbeits- und Berufswelt bezogen werden, damit Schüler:innen auch attraktive Alternativen zum Hochschulstudium erkennen. Lehrkräfte müssen entsprechend aus- und fortgebildet werden.

Und wie kann man sich das rein praktisch in den Schulen vorstellen?

VOGELSANG: Duales Lernen sollte in den Schulen erheblich an Bedeutung gewinnen, unter anderem durch eine Renaissance der Schulwerkstätten: Mit digitalen Formaten und Equipments wären sie eine moderne und ansprechende Form für Kinder und Jugendliche.

REISSERT: Um die Berufsqualifizierung in der Hochschulbildung zu stärken, bieten sich vor allem der Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung des dualen Studiums an den Hochschulen an. Neue Studiengänge und verbesserte Lernortkooperationen sind hier die Stichworte. Schließlich geht es auch immer noch um mehr Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Hochschulbildung, damit ein einmal gewählter Weg nicht zur Sackgasse wird.

Sie sprachen vorhin von „Warteschleifen“, in denen Schulabgänger:innen, die keinen Ausbildungsplatz finden, einen Schulabschluss nachholen oder berufsvorbereitende Maßnahmen absolvieren können. Welches Ausmaß hat dieses Phänomen?

VOGELSANG: In Berlin begannen 2020 fast 6500 junge Menschen eine Maßnahme des sogenannten Übergangsbereichs, nur gut doppelt so viele gingen in eine duale Ausbildung. Die meisten dieser Angebote – es handelt sich um eine Vielzahl verschiedener Programme – bezeichnen wir als „Warteschleifen“, da die Verwertungsmöglichkeiten für eine spätere Berufsausbildung in der Regel gering sind: Erworbene Qualifikationen werden auf eine nachfolgende Berufsausbildung meistens nicht angerechnet.

Aber das Nachholen eines Schulabschlusses in diesen „Warteschleifen“ ist doch auch wichtig.

VOGELSANG: Ein dort erreichter Abschluss in Form der Berufsbildungsreife oder des Mittleren Schulabschlusses ist für eine spätere Berufsausbildung im Dualen System formal bedeutungslos, weil diese keine schulischen Voraussetzungen kennt.

Das verstehe ich nicht. Betriebe fordern doch diese Abschlüsse von Bewerbern.

VOGELSANG: Diese Abschlüsse sind aber keine formale Einstiegshürde in die Duale Berufsausbildung. Allein die Betriebe entscheiden, welche Voraussetzungen sie formulieren. Wir fordern daher die Ersetzung der Warteschleifen durch ein modulares berufliches Bildungsangebot, das sich in eine nachfolgende Berufsausbildung nahtlos und mit

Verwertungsgarantie einfügt. Die Jugendberufsagentur sollte dieses System initiieren und koordinieren. Die von der Bundesagentur für Arbeit finanzierte Berufsvorbereitung muss in dieses System eingepasst werden und darf nicht wie ein Parallelsystem weiter existieren. Im Übrigen muss, wenn Ausbildungsplätze fehlen, eine staatlich abgesicherte Ausbildungsgarantie greifen. Das sieht der Berliner Koalitionsvertrag auch vor.

Ein verbindendes Element zwischen verschiedenen Bildungszweigen sind in Berlin die Oberstufenzentren (OSZ), die sowohl berufliche als auch allgemeine Bildung anbieten. Welche Rolle könnten sie in einem besser abgestimmten Gesamtsystem spielen?

VOGELSANG: Die Berliner Oberstufenzentren waren Ende der 1970er Jahre als Orte konzipiert, in denen sich berufliche und allgemeine Bildung treffen, um eine berufliche Bildung zu ermöglichen oder auf ein Studium vorzubereiten. Das sind sie im Prinzip immer noch, in der Realität aber leiden sie unter den Konsequenzen einer unschlüssigen Bildungspolitik und geraten im Wettbewerb um die Schüler:innen unter die Räder. Ihr Bildungsangebot ist für Schüler:innen und Eltern zu wenig transparent, ihr Selbstbewusstsein wenig ausgeprägt und ihre vollschulische Berufsausbildung hat den Makel, der betrieblichen Ausbildung nicht gleichwertig zu sein.

Und wie soll sich das ändern?

VOGELSANG: In dem von uns geforderten modularen Modell zur Ersetzung der Warteschleifen könnten die OSZ für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz die modulare berufliche Grundbildung übernehmen und die Jugendlichen in die verschiedenen Berufsbildungsangebote – unter Anrechnung der erworbenen Leistungen – eingliedern. Die Berufsbildungsreife, der Mittlere Schulabschluss oder ein höherer Bildungsabschluss könnten durch zusätzliche schulische Fächer parallel zur Berufsausbildung erworben werden.

REISSERT: Einen wichtigen Baustein zur Aufwertung der OSZ in ihrer Rolle als Berufsschule sehen wir in der Forderung, die berufsschulischen Leistungen der Azubis als Vor- oder Teilnoten in den Abschlussprüfungen der Kammern zu berücksichtigen. Neue Arbeitszeitmodelle der Lehrkräfte könnten den Berufsschulunterricht flexibler machen. Die Umgestaltung des Lehramtstudiums für berufliche Schulen als duales Studium mit enger Verzahnung von Theorie- und Praxisphasen würde die didaktische Qualität und Praxisnähe des Unterrichts erhöhen.

Der von Ihnen geforderte Ansatz wird sicherlich dadurch erschwert, dass die Zuständigkeiten für berufliche Bildung dann auf drei Senatsverwaltungen und eine Vielzahl anderer Akteure verteilt sind. Wie kann man die Stränge verknüpfen?

REISSERT: Im Interesse der Entwicklungsfähigkeit und des sozialen Zusammenhalts der Stadt müssen aus unserer Sicht alle relevanten Akteure die neue Legislaturperiode dazu nutzen, die berufliche Bildung in ihrer Gesamtheit zu einem zentralen Politikfeld zu machen. Es geht um die Deckung des Fachkräftebedarfs, die Sicherung nachhaltiger Beschäftigungsfähigkeit und die Inklusion aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dafür wird es darauf ankommen, die einzelnen Zweige beruflicher Bildung nicht mehr isoliert

voneinander zu behandeln. Diese notwendige Koppelung muss institutionell abgesichert werden.

Müsste man dafür nicht den Zuschnitt der Senatsressorts ändern?

REISSERT: Das wird kaum gelingen. Aussichtsreicher dürfte es daher in einem ersten Schritt sein, eine ressortübergreifende operative Task Force „Berufliche Bildung“ mit starker Federführung einer Senatsverwaltung und klarer Arbeitsteilung einzurichten. Notwendig sind dafür auch bessere Datengrundlagen, denn derzeit besteht nicht einmal Einigkeit über die Zahlen von Ausbildungssuchenden und Ausbildungsplätzen. Regelmäßige Berichterstattung und die Erstellung eines jährlichen „Berliner Datenreports Berufliche Bildung“ sollten deshalb die Koordinierung unterstützen. Wir selber wollen daneben mit regelmäßigen Veranstaltungen der Berliner Wirtschaftsgespräche über die ganze Legislaturperiode hinweg versuchen, alle relevanten Akteure von der notwendigen ganzheitlichen Behandlung beruflicher Bildung in der Stadt zu überzeugen.

Interview: Susanne Vieth-Entus

Siegfried Vogelsang ist Elektrotechniker, Pädagoge und Präsident der GFBM Akademie gGmbH, einer Beratungseinrichtung zur Curriculumentwicklung und Ausbildung für technische Berufe.

Bernd Reissert ist Arbeitsmarktforscher; er war bis 2016 Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin und zuvor Rektor der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit.

Früh übt sich. Bei Schülerpraktika können Jugendliche in Betrieben erste berufliche Erfahrungen sammeln. Durch die Corona-Pandemie sind die Bedingungen dafür erschwert. Unternehmen konnten beispielsweise aus Infektionsschutzgründen zum Teil nicht so viele Plätze wie sonst anbieten. Foto: Andreas Arnold/dpa

Foto: privat

Foto: privat

Eingangsdatum: Mo., 21. Februar 2022 20:00

Erstellungsdatum: Mo., 21. Februar 2022 15:01

Verwendung:

NEUE INITIATIVE

Konzertierte Aktion für die ganze Legislatur

DER VEREIN

Die Berliner Wirtschaftsgespräche e. V. verstehen sich als überparteiliche Plattform, die politische, gesellschaftliche, wissenschaftliche und wirtschaftliche Strömungen aufgreift und in 150 Veranstaltungen jährlich thematisiert. Der Verein kann nach eigenen Angaben auf ein Netzwerk aus über 300 Mitgliedern und 15 000 Interessierten zurückgreifen und will zu einem interdisziplinären Dialog beitragen. Neben Arbeit und Bildung sind Energie und neue Technologien, Pflege und Gesundheit, Sozialwirtschaft, Wirtschaft und Finanzen sowie Kultur und Tourismus Schwerpunkte.

DIE INITIATIVE

Unter dem Dach der Berliner Wirtschaftsgespräche haben sich Fachleute zusammengetan, um Entwicklungen und den Stand der beruflichen Bildung in Berlin zu analysieren und Vorschläge für Reformen zu machen. Die Gruppe hat eine „Berliner Agenda Berufliche Bildung 2026“ formuliert, in der sie

Eingangsdatum: Mo., 21. Februar 2022 20:00

Erstellungsdatum: Mo., 21. Februar 2022 15:00

Verwendung:

Veröffentlicht am Di., 22. Februar 2022

Der Tagesspiegel - Spätausgabe - Seite 11 - Ressort: BERLIN EXTRA - Rubrik: LERNEN

Veröffentlicht am Di., 22. Februar 2022

Der Tagesspiegel - Frühausgabe - Seite 11 - Ressort: BERLIN EXTRA - Rubrik: LERNEN

Veröffentlicht am Di., 22. Februar 2022

Potsdamer Neueste Nachrichten - PNN - Seite 11 - Ressort: BERLIN EXTRA - Rubrik: LERNEN

Reformvorschläge für den Zeitraum bis 2026 macht. Sie plant, die Berufsbildungspolitik der Stadt über die Legislaturperiode hinweg mit Veranstaltungen der Berliner Wirtschaftsgespräche zu begleiten. Näheres zur Initiative und zu Veranstaltungen findet sich unter www.bwg-ev.net.

DIE MITGLIEDER

Zur Initiative gehören Gisela Dybowski (ehem. Abteilungsleiterin, Bundesinstitut für Berufsbildung); Dietrich Kruse (ehem. Leiter der Georg-Schlesinger-Schule); Petra Madyda (Direktorin, Stiftung Lette Verein); Bernd Reissert (ehem. Präsident, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin); Uwe Schulz-Hofen (ehem. Abteilungsleiter Arbeit und berufliche Bildung, Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen); Siegfried Vogelsang (Präsident, GFBM Akademie); Andra Wolter (Humboldt Universität); Gerd Woweries (Geschäftsführer, ABB-Ausbildungszentrum Berlin).sve